




ODENWALD KURIER

Zeitung der  für den Odenwald **Nummer 11**
Oktober 2019

Guten Tag!

Was ist nur mit den Deutschen los, dass sie sich in die Altersarmut zwingen lassen? Seit Jahren wird das Rentenniveau heruntergeschraubt. Aus dem Munde von Banken- und Versicherungsvertretern und ihren politischen Sprachrohren in der Regierung hören wir das Märchen von der Unbezahlbarkeit einer Existenz sichernden Rente, ohne dass spürbarer Widerstand aufkommt. Im Unterschied zu unserem Nachbarland Österreich, wo vor 20 Jahren die gleichen Vorraussetzungen herrschten wie bei uns, liegt dort die gesetzlich Rente um durchschnittlich 800 Euro höher. In Österreich wollte die konservative Schüssel-Regierung (2000 bis 2003) die „Reform“ durchsetzen und bekam sehr schnell heftigen Widerstand aus der Gesellschaft – Gewerkschaften führten dazu Warnstreiks durch. Das Privatisierungsprojekt scheiterte, stattdessen wurden Reformschritte zur Festigung und zum Ausbau der Umlagefinanzierung eingeleitet. In Deutschland wurde die Riester-/Rürup-Reform von Rot-Grün mit Unterstützung von CDU/CSU und FDP durchgeführt. Der schwache Protest blieb fast ungehört, die Gewerkschaften kooperierten von Anfang an. Seitdem entfalten die Gesetzesänderungen ihre fatalen Folgen.

Dass unser Wohlfahrtsstaat
es einfach nicht schafft,
ein paar mehr Müll-
eimer aufzustellen...!

KS
AV



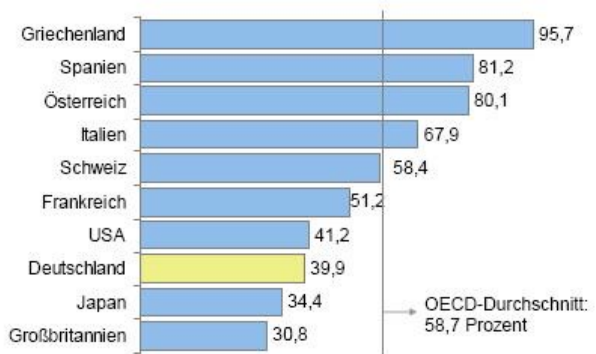
Armut in Deutschland

Von den drei Säulen im Rentensystem, von denen Bundeskanzlerin Angela Merkel gerne spricht, haben sich besonders die 2. (betriebliche) und die 3. (private) Rente als besonders unsicher, teuer und nur für Versicherungskonzerne lukrativ herausgestellt.

Auch wenn das Rentenmodell der SPD schwach ist und nur die größte Not lindert, wird es von CDU/CSU und FDP abgelehnt, weil es mit ca. 5 Mrd Euro aus dem Steuertopf finanziert werden müsste. Was den Neoliberalen hierfür zu viel ist, störte sie bei der Bankenrettung 2008 wenig, als es den Steuerzahler das Hundertfache kostete. Banken scheinen allemal wichtiger als Menschen.
R. Weber

OECD: „Beim Rentenniveau der Zukunft liegt Deutschland hinten“

(Angaben in Prozent des Bruttoverdienstes)



Niveau der gesetzlichen Rente nach heutiger Rechtslage. Berechnungsgrundlage: Arbeitnehmer, der 2004 mit 20 Jahren in Vollzeit zu arbeiten beginnt und bis zum gesetzlichen Rentenalter berufstätig ist (Durchschnittsverdiener). Quelle: OECD

Nach den letzten OECD-Untersuchungen (2015) zum Versorgungsniveau der öffentlichen Rentensysteme für zukünftige Rentner in der EU befindet sich Österreich in der Champions-League, Deutschland hingegen ist auf dem Weg in die Kreisklasse.

In Zahlen:

Die Rente in Österreich beträgt 91,6% vom durchschnittlichen Nettolohn.

Die Rente in Deutschland beträgt 48,2% vom durchschnittlichen Nettolohn.

Die Rente in den EU28 Staaten beträgt im Durchschnitt 70,9% vom durchschnittlichen Nettolohn.

Was wurde in Österreich richtig gemacht?

Nachdem das Vorhaben der Privatisierung der Altersvorsorge gescheitert war, wurden Reformen eingeleitet mit folgenden Ergebnissen:

Einführung einer **Erwerbstätigen-Versicherung**

(Pensionsharmonisierung) in die alle Arbeitnehmer, Selbständige, Politiker, Landwirte und (fast alle) Beamte einzahlen und gleiche Ansprüche haben.

Beiträge Arbeitnehmer:	10,25%
(Zum Vergleich Deutschland:	9,35%)
Beiträge Arbeitgeber (kein Tippfehler):	12,55%
(Zum Vergleich Deutschland:	9,35%)

Durchschnittliche Neu-Rente (Netto vor Steuer) langjährig Versicherter im Jahr 2013:

Männer:	1.820€
(Zum Vergleich Deutschland:	1.050€)
Frauen:	1.220€
(Zum Vergleich Deutschland:	590€)

Das Österreichische Rentensystem ist ein **reines Umlageverfahren**. Es wird nichts gespart und damit in unsichere langfristige Kapitalanlagen gesteckt.

Wichtig sind noch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich und Deutschland. Sie sind, was Wirtschaftsentwicklung, Einkommenshöhen und Altersstruktur angeht, nicht sehr unterschiedlich.

Was bedeutet Hartz IV für Alleinstehende?

Eine Bekannte, Frau O. aus Stralsund, lebt schon mehrere Jahre von Hartz IV, weil sie auf Grund gesundheitlicher Einschränkungen keine Arbeit findet.

Sie erhält 424 Euro plus Miete (warm) als Regelleistung. Als regelmäßige Ausgaben hat sie Handykosten (27 Euro), Kabelgebühr (7 Euro), Strom (40 Euro), Rate für Ersatzbeschaffungen (30 Euro), Versicherung und Medikamentenzahlung (10 Euro), Kontoführungsgebühren und Sonstiges (10 Euro).

Es bleiben also 300 Euro für den Monat, 10 Euro pro Tag. Vergessen wir aber nicht, dass sie noch Geld für Reparaturen und Ersatzbeschaffungen zurücklegen muss. Sie hat also zum täglichen Leben kaum mehr als 8 Euro pro Tag für Kleidung, Nahrung, Körperpflege, Fahrten mit dem Nahverkehr und anderes zur Verfügung. Wer damit auskommen muss, kann am gesellschaftlichen Leben nicht teilnehmen.

E. Bartels

„Wenn eine Lösung im System unmöglich zu finden ist, sollten wir das System ändern“ Greta Thunberg (16 Jahre)

Gegen den Satz bring mal etwas vor!

Als alter Mann möchte ich Euch herzlich zu „Friday for future!“ gratulieren. Ihr tut genau das Richtige, und ich hätte mir als früherer Lehrer gewünscht, meine Schüler hätten so etwas gemacht. Haltet das durch, werdet noch mehr und lasst Euch nicht einreden, es hätte doch keinen Zweck.



a) Warum ist das so, dass die Politiker nicht die Interessen ihrer Wähler durchsetzen, sondern die Profite der Reichen? In der Schule habt ihr gelernt, was angeblich Demokratie heißt: Man wählt Politiker, die versprechen, die Politik so zu machen, wie ihre Wähler es wollen, und dann dafür gewählt werden. Funktioniert das so? Ein Beispiel von vielen: In Baden-Württemberg regiert ein grüner Ministerpräsident, Kretschmann. Sein Wahlsieg folgte aus dem Widerstand der Wähler gegen das Bahnprojekts „Stuttgart 21“. Was tut er als Präsident? Er baut den Bahnhof! Das liegt daran, dass in diesem System Leute die Macht haben, die die falschen Interessen haben. Das sind nicht die Politiker, sondern die Reichen und Superreichen. Ihre Interessen sind einfach zu beschreiben: Profit, Profit und noch mehr Profit. Alles andere tritt dahinter zurück, auch die Zukunft des Planeten.

b) Das ist nicht das Interesse der riesigen Mehrheit der Menschen. Sie wollen nicht, dass die Welt in die Katastrophe läuft. Sie wollen es nicht, aber sie haben nicht die Macht, das durchzusetzen. Dass das Wahlrecht nicht reicht, zeigt das Beispiel „Stuttgart 21“. Also



Foto von der Friday for Future-Demo von Michelstadt nach Erbach am 20. September 2019

müssen sie die Macht selbst ergreifen. Das nennt man „Revolution“. Was kann es demokratischeres geben, als dass die riesige Mehrheit den wenigen Superreichen die Macht aus den Händen nimmt?

c) Mit der Macht in ihren Händen könnte sehr vieles sofort getan werden: Die Verbrennung von Braunkohle könnte sofort gestoppt werden, die Stromtrassen von den Windparks nach Süden könnten in kurzer Zeit fertig sein, und die Energieversorgung nachhaltig werden, der künstliche Verschleiß von technischen Geräten könnte beendet werden. Künstlicher Verschleiß ist eine Perversion des menschlichen

Denkens. Kluge Menschen arbeiten daran, dass Geräte kurz nach der Garantiefrist kaputt gehen. So werden Geräte produziert, die zehnmal produziert werden, zehnmal Ressourcen verbrauchen und zehnmal mehr Arbeitskraft verbrauchen als ein Gerät ohne diesen künstlichen Defekt. Wenn es nicht mehr um den Profit geht, hätte niemand mehr Interesse daran, dass die Geräte früher kaputt gehen als nötig.

d) Also: power to the people! Revolution? Revolution!

e) Kann man nicht auch einen dauerhaften Kompromiss mit den Reichen und Mächtigen schließen? Das ist nicht möglich: Für die

Profitrate gibt es keine Obergrenze, und wer die höchste Profitrate erreicht, gewinnt gegen die schwächeren Kapitale. So lange es Kapital gibt, bleibt das das Ziel. Und diesem Ziel steht jede



Rücksichtnahme auf die Menschen und auf die Natur als Hindernis im Wege.

Foto von der Friday for Future-Demo von Michelstadt nach Erbach am 20. September 2019

f) Warum werden die Politiker zu Handlangern für die Reichen?

Ich habe so viele Politiker kennengelernt, die als junge Leute ehrlichen Herzens Politik für Frieden, Umwelt und sozialen Fortschritt machen wollten. Und wenn ich sie heute sehe, muss ich sagen, das System hat sie verschlungen und als Karrieristen wieder ausgespuckt. Wenn sie schon nichts für die Welt erreichen konnten, dann wenigstens für sich und ihren Verein. Man merkt als Politiker von „fortschrittlichen“ Parteien rasch, dass man „Kompromisse“ schließen muss, wenn man „Einfluss“ behalten oder sogar mitregieren will. So orientiert man sich dann am „Machbaren“, und das heißt, unter Berücksichtigung der Kapitalinteressen. Dann gibt man früher oder später seine

ursprünglichen Ziele auf. Dann muss man den Wählern „erklären“, dass man für die gute Sache auch seine Ziele aufgeben muss. Dabei bleibt dann zum Schluss nur das Wohlergehen von einem selbst und dem seines Vereins.

g) Darf man denn die Macht ergreifen, ohne gewählt zu sein?

Darum braucht man sich keine Sorgen zu machen. Eine Revolution wird überhaupt erst möglich wenn es zu einer revolutionären Krise der ganzen Gesellschaft kommt. Das bedeutet, dass die Reichen und ihre Politiker dann nicht mehr so herrschen können wie bisher, und die Unteren nicht mehr so leben wollen wie bisher. Wenn das geschieht, brauchen die Unteren keine Aufforderung der Oberen mehr, bis zum nächsten Wahltermin zu warten.



Foto von der Friday for Future-Demo von Michelstadt nach Erbach am 20. September 2019

h) Warum ist das alles bisher nicht schon so geschehen?

Wir waren schon dichter dran als heute: Wir hatten schon unsere Staaten, 1871 in Paris für zwei Monate, 1917 in Russland für 71 Jahre, 1949 in China und in der DDR, 1959 in Cuba bis heute, 1975 in Vietnam. Alle diese Revolutionen waren gewaltige Schritte vorwärts. Aber das wissen auch die Kapitalisten in den alten Ländern, und sie begegnen den sozialistischen Ländern immer mit Hass und Vernichtungswillen. Das zwingt dann leider die Revolutionäre zu Maßnahmen, die ihren eigentlichen Zielen widersprechen: So sagte der Chef der Russen 12 Jahre nach der Revolution: „Entweder holen wir den Rückstand von 50 Jahren gegenüber dem Westen in zehn Jahren auf, oder wir werden zermalmt.“ 12 Jahre später kam der Angriff durch Hitlerdeutschland, und sie haben es unter furchtbaren Opfern besiegt. Auf nachhaltige Produktion und vieles andere konnten sie in dieser Situation keine Rücksicht nehmen, wenn sie überleben wollten.

i) Und wo bleibt dabei die Freiheit der Reichen und der Andersdenkenden? So lange das Kapital herrscht, geht Profit immer vor Nachhaltigkeit. Wer Nachhaltigkeit will, muss die Herrschaft des Kapitals brechen, und das ist eben der Inhalt der Revolution. Die Freiheit, die Welt für ihren Profit zu ruinieren, muss man den Reichen nehmen. Und die Andersdenkenden werden sich überzeugen lassen, wenn sie erleben, dass sie in einer Welt ohne Kriege, Profit und Umweltzerstörung glücklicher leben.

F. Dittmar

DKP-Termine:

Offenes Treffen am 17. Oktober 2019 um 18:00 Uhr

Offenes Treffen am 14. November 2019 um 18:00 Uhr

Jeweils im Restaurant „Weitblick“ an der Erbacher Festhalle

Infostand am 18. Oktober 2019

Infostand am 15. November 2019

Jeweils ab 09:30 Uhr am Wochenmarkt in Michelstadt

Gäste sind willkommen. Mitdiskutieren, Gedanken austauschen.

In eigener Sache

Der ODENWALDKURIER wird von der DKP im Odenwaldkreis erarbeitet. Wir denken kritisch, schreiben offen und lassen uns mit den Lügen und Halbwahrheiten anderer Medien nicht abspesen. Wenn Ihnen das gefällt, können Sie diese Arbeit unterstützen: Geben Sie uns Hinweise, wenn im Betrieb oder Ihrer Gemeinde etwas schief läuft. Schreiben Sie Artikel oder Leserbriefe.

***Der ODENWALD KURIER ist die Zeitung der DKP im Odenwaldkreis
Er erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 4.000 Exemplaren
und wird kostenlos verteilt.***

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt,
E-Mail; rfan@mail.de***

***Spenden und Mitarbeitende sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt***

Stichwort „ODENWALDKURIER“

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40



22 Millionen Millionären gehört die Hälfte des weltweiten Vermögens
Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer mehr auseinander. So ist die Zahl der Millionäre im vergangenen Jahr erneut gewachsen, wie aus dem am Donnerstag veröffentlichten “Global Wealth Report” der Beratungsfirma Boston Consulting (BCG) hervorgeht. Demzufolge gab es 2018 insgesamt 22,1 Millionen Millionäre auf der Welt, ein Plus von zwei Prozent. Zwei Drittel dieser Millionäre leben in den USA. “Dahinter folgen mit den meisten Millionärshaushalten China (1,3 Millionen), Japan (1,1 Millionen) und die Schweiz (0,5 Millionen)”, heißt es in der am Donnerstag veröffentlichten Studie. Mit 0,4 Millionen Reichen landeten Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada und Deutschland auf Platz fünf. Dabei besitzen die US-Amerikaner 74 Billionen Dollar und die Chinesen 18 Billionen Dollar. Das Finanzvermögen aller Deutschen ist der Studie zufolge

2018 um 1,9 Prozent auf 6,5 Billionen Euro gestiegen. Die Deutschen legten 41 Prozent ihres Finanzvermögens auf Sparkonten oder bar zurück, fast gleich viel hätten sie in Pensionskassen und Lebensversicherungen, nur 19 Prozent in Aktien. (...)

Die 22,1 Millionen Millionäre – etwa drei Promille der Weltbevölkerung – besitzen laut BCG etwa die Hälfte des weltweiten Vermögens. Vor drei Jahren waren es nur 43 Prozent.

Das private Finanzvermögen in Bargeld, Aktien, Wertpapieren und Fonds sei 2018 um 1,6 Prozent auf gut 206 Billionen Euro gewachsen, teilte BCG weiter mit. Damit ist das Vermögen der Reichen allerdings langsamer gewachsen als noch im Vorjahr, als das Plus noch sieben Prozent betrug. Grund für den Dämpfer war zum einen die Talfahrt an den Aktienmärkten zum Ende des Jahres, die auch auf die Anlageportfolios durchschlug. Zudem wachse die Wirtschaft in Asien langsamer als zuletzt und die niedrigen Zinsen in Teilen Europas lasteten auf den Vermögen.

Quelle: [manager magazin](#)

„Nazis morden, der Staat schaut zu.“ – Eine Stellungnahme der SDAJ Hessen

Der Lübcke-Mord reiht sich in faschistische Gewalttaten in Hessen und bundesweit ein. Die NSU-Opferanwältin Basay Yildiz bekommt zwischen Sommer 2018 und Frühling 2019 vier Morddrohungen. Vermutlich haben Polizisten des 1. Frankfurter Polizeireviers ihre Adresse herausgegeben.

Obwohl der Fall bereits im Sommer polizeilich bekannt wird, wird er erst im Dezember öffentlich gemacht, vom LKA übernommen und im hessischen Innenministerium behandelt. Vorher wird er totgeschwiegen und scheinbar nicht ernst genug für das LKA genommen.

Der Staat und seine Organe stehen nicht auf unserer Seite im antifaschistischen Kampf.

Das zeigen uns besonders deutlich die Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die NSU-Mordserie. Ein anderes Beispiel: Das Bundesverfassungsgericht wollte die NPD nicht verbieten, weil der Verfassungsschutz diese Partei unterwandert und möglicherweise gesteuert habe. Man sieht, dass wenn der Verfassungsschutz in die Überwachung



rechter Strukturen investiert, das zur finanziellen Stärkung und stärkeren Verstrickung zwischen rechten Strukturen und staatlichen Institutionen führt. Bereits jetzt ist die Verflechtung zwischen der AFD und diesem Staatsapparat eng. So sitzen bisher überdurchschnittlich viele Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Soldaten für die AFD in Parlamenten. Das alles ist kein Zufall. Faschisten und rechte Gewalt haben verschiedene Funktionen für diesen Staat: Sie schüchtern Gewerkschafter und andere fortschrittliche Kräfte ein. Lobbyverbände der großen Banken und Konzerne fordern einen radikalen Staatsumbau, um ihre Profitraten gegen Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung und internationale Konkurrenz (auch militärisch) zu sichern. Deswegen brauchen sie HartzVI, Aufrüstung und Sparmaßnahmen auf dem Rücken der breiten Bevölkerung und schärfere Polizeigesetze, um sich gegen zu erwartenden Widerstand zu wehren. Weil die etablierten Parteien Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung machen und deswegen die Arbeits- und Lebensbedingungen immer prekärer werden, verlieren sie konstant an Glaubwürdigkeit. Deswegen gehen Teile des Kapitals auf Tuchfühlung mit rechten Gruppierungen, um die Unzufriedenheit statt in antikapitalistische, in für das Kapital ungefährliche Bahnen zu lenken. Da sind Flüchtlinge und „faule“ Arbeitslose willkommene Sündenböcke, um die wahren Profiteure dieser Situation zu verschleiern. Denn AFD und Co. sind keine Alternative im Interesse der werktätigen Bevölkerung, sondern im Interesse der Profiteure der großen Banken und Konzerne. Sie treiben diese Politik auch jetzt schon aktiv voran. Die Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht kam aus Nazi-Kreisen, bevor die CDU sie aufgriff. Die Antwort auf rechte Gewalt ist die Aufstockung dieses rechten Verfassungsschutzes und die hemmungslosere Abschiebung in immer mehr Länder.

Als Antwort auf den Rechtsruck müssen wir in alltäglichen Auseinandersetzungen in Schule, Uni und Betrieb zeigen, dass wir Verbesserungen nur gemeinsam mit unseren ausländischen KollegInnen gegen die Interessen der großen Banken und Konzerne und ihre Politiker erkämpfen können. Um die bürgerliche Demokratie zu schützen, die für uns bessere Kampfbedingungen für bessere Lebensbedingungen und für den Sozialismus ermöglicht, ist zwangsläufig die Forderung nach Verbot aller faschistischen Organisationen und nach Auflösung des Verfassungsschutzes zu stellen und aktiv zu erkämpfen. Du bist Auszubildender, Schüler, Student oder junger Arbeiter und willst aktiv gegen Nazis und für ein besseres Leben werden? Dann melde dich bei uns unter:

info@sdaj-hessen.de oder über unsere Facebook-Seite.

Die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ lebt vom Schein!

Aus der Friedens- und Umweltbewegung entstanden ist sie längst im bürgerlichen Parteienzirkus angekommen, bei dem das **Mitmachen** oberste Priorität hat. Die Umweltpartei, die mit Winfried Kretschmann den baden-württembergischen Ministerpräsidenten stellt, der aus dem Protest gegen das Bahnprojek Stuttgart 21 seinen Nektar sog, hat sich an seinem Amtssitz zum Fan schwerer Limousinen gemausert. Auch beim Ausbau des Frankfurter Flughafens sowie beim Wegbaggern des Hambacher Forstes haben sich die grünen Koalitionspartner auf die Seite der Konzerne geschlagen. Im Bundesrat ermöglichten die GRÜNEN durch ihre Zustimmung den Import von dreckigem **Fracking-Gas aus den USA** und reden zugleich von Klima-Schutz und erneuerbaren Energien. Wie passt das zusammen?

Seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien mit Beteiligung durch die Rot-Grüne Regierung Schröder/Fischer ging auch diese Unschuld verloren. Heute zeichnen sich die GRÜNEN Transatlantiker dadurch aus, dass sie vehement bessere Beziehungen zu Russland



torpedieren und dieses Feindbild pflegen.
R. Weber

Mit den Grünen an die Front. Cem Özdemir und der ehemalige Kriegsdienstverweigerer Tobias Lindner haben schon mal vorgeführt, wie einfach die Verwandlung geht.



Eine Partei für den Krieg

Dass Russland bedroht werden muss, ist nationaler Konsens

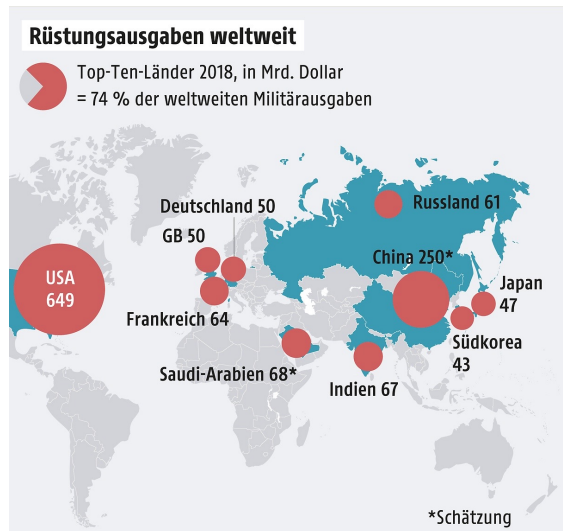
„Bild am Sonntag“ („BamS“) erinnert an ruhmreiche Zeiten. Das Blatt interviewt den früheren Luftwaffengeneral Jochen Both, der vor 20 Jahren die deutschen „Tornados“ im NATO-Krieg gegen Jugoslawien befehligte. In der Unterschrift zu einem Bild, das eine offenbar bombardierte, aber nicht benannte Großstadt zeigt, heißt es: „Kosovo, 1999: Die Bundeswehr-Tornados sind mit ‚Harm‘-Raketen ausgestattet, die in die gegnerischen Flugabwehrstellungen rasen und sie ausschalten. 236 Raketen werden abgefeuert, kein deutscher Pilot kommt zu Schaden.“

Großer Sieg, vor allem wenn Tote und Verletzte in dem illegalen Krieg verschwiegen werden. Und heute? „BamS“-Journalist Maximilian Kiewel fragt Both, wo die Bundeswehr stehe. Der stellt sich selbst die Frage, ob „wir“ in der Lage wären, „unser Land und unser Bündnis zu verteidigen“. Offenbar gehörte für ihn zur „Verteidigung“ auch das Verbrechen von 1999. Seine Antwort auf die selbstgestellte Frage: „Selbstverständlich nicht. Ohne die massive Unterstützung der Amerikaner wären wir zur erfolgreichen Landesverteidigung nicht fähig und zum Beispiel für den Fall eines russischen Angriffs nicht überlebensfähig.“ Denn das

ist klar: Wenn deutsche Bomben auf russische Städte fallen wie 1999 auf serbische, dann verteidigen „wir“ uns nur selbst. Im Kopf des Ex-Generals hat der Krieg gegen Russland schon begonnen.

Kiewel fragt weiter: „Woran liegt es, dass wir das Abwerfen von Bomben seit 15 Jahren unseren Verbündeten überlassen?“

Antwort: „In Sonntagsreden wird von der Übernahme von mehr Verantwortung gepredigt. Allein, es fehlt heute der Bundesregierung der Wille, unsere Tornados zum



Beispiel auch als Bombenträger einzusetzen. Aber ich würde mir für die Luftwaffe wünschen, dass sie wieder einmal den politischen Auftrag bekäme und diese Fähigkeit – ähnlich wie 1999 – zeigen könnte.“

Denn – so informiert „BamS“ in einem Extratext – damals wurden 6 000 Soldaten in den Kosovo verlegt und sorgten „für Sicherheit und Ordnung“: „Der Einsatz gilt heute als großer Erfolg, bis heute sind Soldaten dort stationiert.“ Da ist es in Zeiten des Niedergangs, nach 15 Jahren ohne eigene Bombenwerferei, angebracht, an die Heldentat von damals zu erinnern.

Der könnten bald weitere folgen, denn Both ist repräsentativ. Nicht nur für die deutsche Generalität, sondern für alle im Bundestag vertretenen Parteien außer der Partei „Die Linke“. Es ist nationaler Konsens mit der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ als wildester Scharfmacherin, dass Russland bedroht werden muss. (...) Das Verlangen von Teilen der deutschen Bourgeoisie, zugleich Handel mit dem größten Land der Welt zu treiben, widerspricht dem nicht und hat ihm in der Geschichte noch nie widersprochen – bis zum Tag des jeweiligen Kriegsbeginns.

Die ausgelagerte Bürgerfraktion der AfD bringt das zum Ausdruck: Auf der einen Seite geht sie mit der Parole „Kein Krieg gegen Russland“ hausieren, hat laut FAZ bei etwa 35 000 Parteimitgliedern wohl rund 2 100 Bundeswehrsoldaten in ihren Reihen, tritt daher zugleich für den Kriegspakt NATO ein und stellt den ehemaligen Dreisternegeneral Joachim Wundrak in Hannover als Oberbürgermeisterkandidaten auf. Den bezeichnet Both in der „BamS“ als „Querdenker“, der „sagte, was er meinte“. Es sei „grundsätzlich gut“ gewesen, „dass solche Leute bei der Bundeswehr aufsteigen konnten“. Both findet es lediglich

„schockierend“, dass sein Kamerad im Geiste nun für politische Ideen antrete, die „aus dem Rahmen unserer Gesellschaft und unserer Bundeswehr fallen“. Der Schock wird nachlassen: Wer 1999 Jugoslawien bombardierte und unter anderem Anteil an Kriegsverbrechen wie der Zerstörung von Chemiefabriken hatte, der bleibt wie Wundrak im Rahmen. Die Bundeswehr hat jetzt zusammen mit dem übrigen Sicherheitsapparat eine eigene Partei. Es ist Zeit, gegen die Generäle für den Krieg und ihre Parteien aufzustehen.

Arnold Schölzel aus „Unsere Zeit“

So war es wohl nicht gemeint?

Die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer macht viel für ihr Ressort. Noch moderner, noch schlagkräftiger und für noch mehr Auslandseinsätze soll die Bundeswehr weiter aufgerüstet werden. Die mangelnde Zustimmung in der Bevölkerung für diese Geldverschwendung und der ungenügende Zustrom von Soldatennachwuchs, soll daher durch aufwändige Werbemaßnahmen beeinflusst werden. Große Plakatwände zieren unsere Städte.

J. P. Bosse



Umso schneller verbreitete sich die Nachricht, dass in der Pelarstrasse in Michelstadt ein Plakat hing, das wohl verändert, den wahren Charakter des Soldatentums darstellte. Es reichte noch für ein Foto, war aber nach wenigen Tagen durch Mobilfunkwerbung ersetzt.



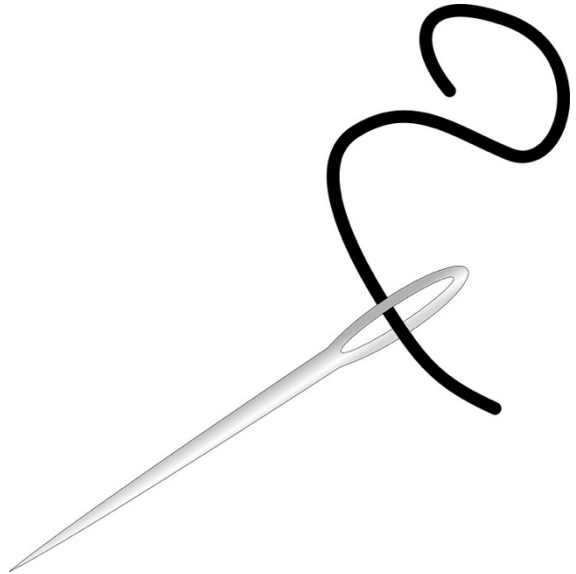
Die Geschichte mit den Nadeln

Nehmen wir an, daß gegenwärtig eine bestimmte Anzahl von Menschen mit der Herstellung von Nadeln beschäftigt ist. Sie machen so viele Nadeln, wie die Weltbevölkerung braucht, und arbeiten acht Stunden täglich.

Nun macht jemand eine Erfindung, die es ermöglicht, daß dieselbe Anzahl von Menschen doppelt so viele Nadeln herstellen kann. Aber die Menschheit braucht nicht doppelt so viele Nadeln. Sie sind bereits so billig, daß kaum eine zusätzliche verkauft würde, wenn sie noch billiger würden. In einer vernünftigen Welt würde jeder, der mit der Herstellung von Nadeln beschäftigt ist, jetzt eben vier statt acht Stunden täglich arbeiten, und alles ginge weiter wie zuvor.

Aber in unserer realen Welt betrachtet man so etwas als demoralisierend. Die Nadelarbeiter arbeiten immer noch acht Stunden, es gibt zu viele Nadeln. Einige Nadelfabrikanten machen bankrott, und die Hälfte der Leute verliert ihren Arbeitsplatz. Es gibt jetzt, genau

betrachtet, genau soviel Freizeit wie bei halber Arbeitszeit; denn jetzt hat die Hälfte der Leute überhaupt nichts mehr zu tun, und die andere überarbeitet sich. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß die unvermeidliche Freizeit Elend hervorruft, statt daß sie eine Quelle des Wohlbefindens werden kann. Kann man sich noch etwas Irrsinnigeres vorstellen?



Bertrand Russell (1872–1970), britischer Mathematiker und Philosoph, im Essay ‚Lob des Müßiggangs‘ zur Irrationalität kapitalistischer Rationalisierung